

## **Zusammenfassung Politik Vorlesung 8**

### **Text Linder: Parteien und Parteiensystem**

#### **Parteien in der CH:**

##### **Regierungsparteien**

FDP (Freisinnig-demokratische Partei der CH)  
CVP (Christlich-demokratische Volkspartei der CH)  
SPS (Sozialdemokratische Partei der CH)  
SVP (Schweizerische Volkspartei)

##### **Nicht-Regierungsparteien**

PdA (Partei der Arbeit)  
GPS (Grüne Partei der CH)

EVP (Evangelische Volkspartei)  
LdU (Landesring der Unabhängigen)

SD (Schweizer Demokraten)  
LPS (Liberale Partei der CH)  
FP (Freiheitspartei)

#### **A Funktion und Entstehung**

##### **Funktion:**

**Parteien** sind das wichtigste Bindeglied zwischen Bürger und Staat.

1. Im offenen Parteienwettbewerb versuchen sie die Stimmen der Wähler zu gewinnen und Einfluss auf die Machtverteilung und die Entscheidungen der Politik im Sinne ihrer Anhänger zu nehmen.
2. Repräsentation der Werte und Interessen ihrer Anhängerschaft.
3. Artikulation und Aggregation (Bündelung) politischer Probleme und Interessen.
4. Sie mobilisieren Wähler über gesellschaftspolitische Programme und Parolen in Abstimmungspropaganda.
5. Sie rekrutieren politisches Personal.

##### **Entstehung:**

Anfänge der Parteien in der CH

Bürgervereine nahmen in der Regenerationszeit politischen Einfluss und erreichten damit die Demokratisierung der Kantone. Die föderalistische Fragmentierung ist bis heute ein Kennzeichen der Parteien geblieben. Nationale Organisation der Parteien nur mit grosser Mühe und erst um 1900.

Die politischen Strömungen des 19. Jh. in Europa: Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus. Die bedeutendsten Parteien orientierten sich daran (SPS, FDP, CVP).

Hegemonie (Alleinregierung) der Freisinnigen von 1848 bis 1890. Darauf folgte ein Prozess des Ausgleichs mit den Konservativen.

Entstehung neuer Parteien um 1920 (Verselbständigung der Demokraten und Liberalen; Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei -> SVP).

Verstärkter Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern führte zum politischen Klassenkampf

1959 Integration der politischen Linken im Bundesrat. Beginn der Zeit der Regierungskonkordanz von FDP, CVP, SPS, SVP (Zauberformel).

Von dieser Zeit bis heute Zersplitterung des Parteiensystems (1995 waren 16 verschiedene Parteien im Parlament vertreten).

Bis heute Verschiebungen der einzelnen Parteien auf den links-rechts Spektrum; Zunahme der radikalen Rechten.

Probleme der Parteien: Die Parteiidentifikation der Bürger nimmt ab; die Parteien erhalten Konkurrenz durch neue soziale Bewegungen, die als ergänzende Artikulationsformen eine politische Plattform bieten.

## ***B Das nationale Parteiensystem***

### **1. Vielparteiensystem und politische Fragmentierung**

Fragmentierung = hohe Zahl von Parteien mit je geringen Stimmenanteilen. Ebenfalls bedeutsam für die Fragmentierung ist die Heterogenität der Einzelparteien und die Unterschiedlichkeit der kantonalen Parteien.

Warum gibt es so viele Parteien in der CH?

1. Wahlrecht  
Tendenziell führt Majorz zu einem 2-Parteien-System und Proporz zu einem Mehrparteiensystem.
2. Eine plausible Erklärung ist die Theorie des politischen Wettbewerbs unter den Rahmenbedingungen des Föderalismus. So gesehen gibt es in der CH einen Raum mit 26 verschiedenen politischen Märkten.  
Es gibt eine hohe Anzahl von Parteien, die sich, v.a. in bevölkerungsreichen, Kantonen bilden und dann auf nationaler Ebene ausbreiten.
3. Die direkte Demokratie  
Die Volksinitiative bietet die Möglichkeit ein Thema ständig auf der politischen Agenda zu halten. Das gibt kleineren Parteien eine grössere Überlebenschance.

### **2. Gesellschaftliche Spaltungen als Determinanten des Parteiensystems.**

Das Parteiensystem repräsentiert seit jeher die gesellschaftliche Spaltungen (Konfliktlinien) Kirche-Staat, Zentrum-Peripherie, Stadt-Land (Industrie-Landwirtschaft), links-rechts (Arbeiter-Eigentümer).

Gesellschaftlicher Wertewandel hat zur Spaltung in materialistische (wirtschaftliche) und postmaterialistische (postindustriell; Lebensqualität über den technischen und quantitativ-ökonomischen Fortschritt hinaus) Werthaltung geführt (Gegensatz Wirtschaftswachstum-Ökologie).

Für die CH: „Wahrung der Traditionen“ und „Verbundenheit mit dem Kleinstaat“ versus „Bereitschaft zu Reformen“ und „ausserpolitische Öffnung“.

Der links-rechts Gegensatz ist die allgemeinste, eindeutigste und in vieler Hinsicht die wichtigste politische Orientierung.

### **3. Neutralisierung des kulturell-konfessionellen Konflikts**

Die Parteien orientieren sich in der CH weder an sprachlichen noch an ethnischen Gruppen und nur wenig an konfessionellen Minderheiten (anders als in Belgien und Kanada).

Warum?

Die Parteien konstituierten sich nicht als Sprachenparteien, sondern als nationale Parteien. Die schwache Organisation der kulturell-konfessionellen Spaltung trug zum Gelingen des multikulturellen Experiments der Schweiz bei.

## ***C Die föderalistische Fragmentierung***

### **1. Schweizerisches Parteiensystem - eine prekäre Einheit?**

CH Parteien sind geprägt von kantonalen Unterschieden. Konfession, Sprache und Kantonsgrösse sind entscheidende Faktoren zur Ausprägung einer Partei.

Für die Typologie s. Tab. 4.2, S. 88.

Diese Unterschiede führen zu Differenzen innerhalb der Landespartei: Die Kosten der nationalen Integration sind hoch wegen der politischen Autonomie der Kantone.

Das CH Parteiensystem ist kaum mehr als eine „Föderation von kantonalen Parteien, die eine prekäre Einheit auf nationaler Ebene zu halten versucht.“ (Kriesi, 1995)

Dafür gibt es ein Gegenargument:

In nationalen Fragen verfügen Parteien über eine recht geschlossene Wählerschaft. Weiteres Integrationselement für die Parteien: Die Lancierung und Stellungnahme zu Referenden und Initiativen ist die Chance einer Mobilisierung der gesamtschweizerischen Wählerschaft zu einem Thema.

### **2. Föderalistische Organisation, innerparteiliche Willensbildung und Finanzierung**

- Vereinsmässige Organisation auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.
- Voll- und Delegiertenversammlungen prägen die Willensbildung von unten nach oben.
- Autonomie der kantonalen Parteien ist sakrosankt.
- Dezentrale Organisation -> geringer Professionalisierungsgrad.
- Das Budget der Parteien ist relativ klein; Fraktionsbeiträge vom Bund sind die einzigen staatlichen Mittel. Die LdU wird von der Migros finanziert, bei der SPS kommen die meisten Gelder aus Mitgliederbeiträgen und -abgaben. Weitere Finanzierung über Spenden, insgesamt fehlen jedoch verlässliche Angaben.

### **3. Unterschiedliche Verbreitung und Mehrheitsverhältnisse in den Kantonen**

Die Verbreitung der Parteien in den Kantonen ist sehr unterschiedlich: Kleine Wählerschaft, Aussenseiterstatus ohne Regierungsfähigkeit oder dominierende Mehrheitsstellung sind möglich.

Durchsetzung der Konkordanzregierungen auch in den Kantonen durch Volksrechte und freiwilligen Proporz.

Oft kooperieren die bürgerlichen Parteien untereinander und überlassen dem nicht-bürgerlichen Lager einen Teil der Sitze: dies tritt dann ein, wenn der Vorteil

politischer Integration grösser scheint als der Nachteil des Machtverzichts.

Die grösste Regelmässigkeit der kantonalen Parteiensysteme ist in der links-rechts Polarität zu sehen:

- Oft bürgerlich dominierte kantonale Regierungen.
- Selten links-grüne Mehrheit
- Mehrheitsfähige linke Lagerbildung in Städten wegen grösserem Wählerpotential.

## ***D Einfluss des Wahlsystems***

### **1. Die Grundidee von Majorz- und Proporzwahl**

#### **Majorz**

- wird angewendet im Ständerat und in den meisten Kantonsregierungen
- eindeutige Mehrheitsverhältnisse im Parlament werden begünstigt
- absolutes Mehr erforderlich
- „the winner takes it all“: eine Partei mit 51% Stimmen kann theoretisch alle Sitze einer Kantonsregierung besetzen
- grosse Parteien haben grössere Chancen
- bei wenigen, gleichstarken Parteien fördert der Majorz den demokratischen Machtwechsel (z.B. in GB)

#### **Proporz**

- wird angewendet im Nationalrat und in den meisten kantonalen Parlamenten
- Wählerstärke der Parteien wird im Parlament genau abgebildet (proportionale Vertretung)
- Wahlkreise ermöglichen die proportionale Verteilung
- kleinere Parteien kommen zum Zug
- auch Minderheiten sind repräsentiert

### **2. Auswirkungen der Proporzregel**

Mit der Einführung des Proporz 1919 verloren die Freisinnigen die absolute Mehrheit im Nationalrat.

Problem der Restmandate. Teilansprüche auf ein Mandat müssen einer Partei voll zugeteilt werden; je nachdem werden kleinere oder grössere Parteien bevorzugt.

Die Grösse der Wahlkreise hat Auswirkungen auf den Wähleranteil, der für einen Sitz benötigt wird (je grösser der Wahlkreis, desto geringer der Anteil der benötigten Stimmen). Dies führt zu einer Benachteiligung der kleineren Parteien, das Wahlsystem nähert sich dem Majorz.

Listenverbindungen umgehen Quoren oder hohe Erfolgswerte.

### **3. Auswirkungen der Majorzregel**

Majorz = Ein Kandidat muss im 1. Wahlgang 50% der Stimmen erreichen. Wird das absolute Mehr wegen Zersplitterung auf mehrere Kandidaten nicht erreicht, entscheidet im 2. Wahlgang das relative Mehr.

Folgen:

- Eine Partei kann beide Mandate besetzen, wenn sie 50% der Stimmen erreicht.
- Keine Partei kann aus eigener Kraft einen Sitz erringen, falls sie die 50% nicht erreicht. Diesem Problem weichen die Parteien mit Wahlabreden

untereinander aus. Diese „Wahltickets“ führen zu verschiedenen Konstellationen. Siehe S. 95 a. bis e.

- Übervertretung der Bürgerlichen wegen unterschiedlicher Chancen.
- Milderung dieser Folgen durch den „Freiwilligen Proporz“: Wahlabreden als Mittel zur Risikominderung in der Volkswahl wurden zum freiwilligen Proporz erweitert.

Das bürgerliche Lager überlässt dabei den Linken einen Teil der Mandate. Dies führt oft zur Integration der Sozialdemokraten.

- Der Freiwillige Proporz ist eine Risikominderungsstrategie. Die Legitimation der kantonalen Regierungen und ihre Durchsetzungsfähigkeit bei Referenden ist gestärkt durch die proportionale Vertretung der Parteien.
- Die Idee der Machtteilung und proportionalen Vertretung war in den Kantonen früher als beim Bund ein wichtiger Bestandteil der politischen Kultur.

## **4. Ergebnis und Diskussion**

### **Geschichtliche Trends**

Die Ablösung des Majorz von Proporz oder freiwilligem Proporz als Wahlsystem im Bundesstaat und Kantonen im 20. Jh. -> Konsens- bzw. Konkordanzdemokratie

Proporz hat Grenzen

Der Föderalismus. Kleinkantone haben für sich allein kaum Chancen. Der Zusammenschluss zu einem grösseren Wahlkreis würde zu einem echteren Proporz führen, hat aber in der politischen Kultur des Kantonsföderalismus kaum Chancen. Politische Grenzen. Wegen der Polarisierung der verschiedenen Parteien ist die Linke untervertreten.

Was würden Modifikationen des Wahlsystems bringen?

1. Nationalrat: Eine zentrale Verteilung der Reststimmen könnte den Zufall bei der Verteilung der Restmandate verkleinern.

Wahlkreise. Die Benachteiligung der Kleinparteien könnte gemäss Modellrechnungen mit einer homogeneren Wahlkreisgrösse nicht sehr stark verändert werden.

2. Ständerat: Der Ersatz von Majorz durch Proporz würde den benötigten Stimmenanteil senken. Es würde mehr links-grüne Kandidaten geben. Der Ersatz wäre effektiv, aber wegen Mehrheitsverhältnissen zwischen Links-grünen und Bürgerlichen nur in wenigen Kantonen realisierbar.

## ***E Parteien in der Gesellschaft***

### **1. Verbreitung in den Gemeinden**

- Starke Verbreitung der Parteien auf kommunaler Ebene.
- Viele Lokalsektionen tragen zur Stabilität des Parteiensystems bei.
- Erosionserscheinungen treten auf: Parteiunabhängige Wählergruppen und viele Parteilose als Kandidaten.

### **2. Parteien und Volk**

- Ca. 6% der Bevölkerung sind Parteimitglieder (europäischer Durchschnitt), das sind 300'000 Personen.

- Parteibindungen (Sympathie) sind ebenfalls wichtig: Wähler, welche in Befragungen die Nähe zu einer Partei angeben ohne Mitglied zu sein. Diese haben stark zugenommen in den letzten 25 Jahren -> Eine Lockerung der Bindungen zwischen Parteien und Wählerschaft hat stattgefunden.
- Die grosse Zahl der Parteiungebundenen führt zu einer grösseren Ungewissheit für die schweizerische Referendumsdemokratie.

### ***F Zukunft des Parteiensystems***

- Kein Hinweis in der CH auf Umformung der Parteien zu professionalisierten Wählerparteien einer Elite (wie z.B. Haider's Wählerbewegung in Österreich).
- Das Parteiensystem hat Schwierigkeiten, da es fragmentiert ist und neben Verbänden und Direktinteressierten wenig Einfluss auf staatliche politische Entscheidungen hat.
- Es besteht eine Abhängigkeit der Finanzierung durch Dritte wegen Mangel an eigenen Ressourcen und Milizorganisation.  
Drittfinanzierung -> Gefahr der Korruption, wenn Geld zur Durchsetzung von Forderungen des Geldgebers verwendet wird. Darum wäre eine Stärkung der Parteien über staatliche Mittel wünschenswert. Diese Idee wurde aber in der Vergangenheit verschiedentlich abgelehnt.
- Trend in der Gesellschaft, der sich vielleicht positiv auf die Parteien auswirkt: Wertewandel und Industrialisierung führen zu vermehrtem Partizipationsbedürfnis und nicht zur politischen Apathie.